

Thomas Bornhauser,
Chefredaktor

Auf Tauchstation

Eigentlich waren es in unserer Zeitung nur ein paar wenige Zeilen. Aber die hatten es in sich. Am Ende unseres Berichts über das Fiasco des Krankenversicherers CSS in Deutschland hiess es, der Verwaltungsrat der Firma dürfte schon seit 2010 über die Probleme informiert gewesen sein. Und dann: «Im CSS-Verwaltungsrat sitzt unter anderem der Luzerner Ständerat Konrad Graber. Er war gestern für unsere Zeitung nicht erreichbar.» Tags zuvor war der gleiche Politiker in der gleichen Frage bereits beim «Tages-Anzeiger» ausgewichen.

MEINE WOCHE

Diese Technik gehört heute in Politik und Wirtschaft für Schönwetter-Kapitäne zum Einmaleins der Kommunikation. Demnach sind die Chefs problemlos verfügbar zum Beispiel für Bilder über Empfänge oder anderweitige Belanglosigkeiten mit PR-Effekt. Wenns hingegen schwierig wird, wird abgewiegelt, weitergeleitet und stellvertretend in Kommunikationsabteilungen herumgelabert.

Das mag taktisch bisweilen schlau wirken. Einem wachen Publikum allerdings entgehen Schlaumeier keineswegs. Wie schrieb uns zum Beispiel im Fall CSS eine Leserin träft: «Für irgendwelche Reklame für sich selbst sind Politiker selbst am Hindukusch für die Medien *immer* erreichbar, und hier einfach vornehm schweigen?»

Immerhin: Im vorliegenden Fall hat die Firma dann zügig reagiert. Deren Direktionspräsident Georg Portmann stand hin und nahm in Kauf, dass damit *sein* Kopf mit dem Schlamassel in Verbindung gebracht wird. Doch dieser Preis lohnt sich. Denn wenn ein Chef hinstehet und sagt, dass es effektiv ein Problem gebe und dass er das Ganze heute anders anpacken würde und dass er das Problem nun lösen werde, dann schafft er so Verbindlichkeit. Was eine Voraussetzung ist für die Wiederherstellung von Vertrauen. Und welches Geschäft soll auf Dauer tragen ohne Vertrauensbasis?

«Die EU ist vertragsbrüchig»

EU-ABSAGE Bei der Personenfreizügigkeit sei das letzte Wort noch nicht gesprochen, sagt Christoph Blocher. Dass es zu einer Kündigung kommt, glaubt er aber nicht.

SERMIN FAKI
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

Die EU will nicht über eine Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens verhandeln. Dies berichtet die Westschweizer Zeitung «Le Temps» gestern unter Berufung auf den Entwurf eines Briefes der EU-Aussenbeauftragten Catherine Ashton an den Schweizer Bundespräsidenten Didier Burkhalter. Das Aussenministerium will das nicht kom-

mentieren – der Brief sei noch nicht in Bern eingetroffen, so ein Sprecher.

Blocher: Neue Abstimmung geplant

Verwundert dürfte der Bundesrat jedoch nicht sein. Die EU betont seit Monaten, dass die Personenfreizügigkeit nicht verhandelbar sei. SVP-Vordenker Christoph Blocher ist ebenfalls nicht überrascht, wie er auf Anfrage sagt. Für ihn ist der Fall klar: «Das Abkommen sieht ausdrücklich die Möglichkeit von Nachverhandlungen vor, wie wir sie mit der Initiative gegen Masseneinwanderung gefordert haben. Wenn die EU nun nicht verhandeln will, ist sie vertragsbrüchig. Die Folgen sind dann rechtlicher Natur bis zur Kündigung.»

Allerdings geht Blocher davon aus, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. «Ich nehme an, dass der Bundesrat die Personenfreizügigkeit in die Verhandlungen über ein institutio-

nelles Rahmenabkommen einbringen wird. Dort wird sie am Rand erwähnt sein.» Wenn das Volk einst über dieses abstimmen müsste, würde es mit einem Ja auch die Abstimmung vom 9. Februar rückgängig machen. Der Präsidenten des «EU-No»-Komitees macht nochmals deutlich: «Das Rahmenabkommen ist zu Fall zu bringen – notfalls zusätzlich mit einer Volksinitiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit.» Die Prüfung einer solchen Initiative hat die SVP bereits beschlossen.

Schweiz nicht in Zugzwang

Ashton würde mit dem Brief auf ein Gesuch der Schweiz von Anfang Juli reagieren. Sie betont demnach allerdings, dass Brüssel zu Diskussionen über praktische Probleme bereit sei, die sich bei der Einhaltung des Abkommens ergäben. Die Kündigung des Abkommens steht offenbar nicht zur Debatte.

Und auch die Schweiz ist vertraglich nicht zu einer Kündigung verpflichtet, wie mehrere Völkerrechtsexperten betonen. Sollte sich aber wirklich keine Lösung finden, müsste die Schweiz kündigen – schon um ihre Glaubwürdigkeit als Vertragspartner zu beweisen, wie Christa Tobler vom Basler Europainstitut und Thomas Oesch, EU-Rechtler an der Universität Zürich, sagen.

Bis dahin ist allerdings noch Zeit. «Bis die Verfassungsnorm in einem Gesetz umgesetzt ist, passiert erst einmal gar nichts», so Thomas Cottier, Professor für EU- und Wirtschaftsvölkerrecht an der Uni Bern. So lange nämlich gingen völkerrechtliche Abkommen vor, die auch von den Gerichten geschützt würden. «Erst wird es theoretisch erst dann, wenn ein Ausführungsgesetz in Kraft ist, das EU-Bürger von ihrem durch den Vertrag garantierten Recht auf Aufenthalt in der Schweiz ausschliesst.»

Das instrumentalisierte Gaza



Gewalt ohne Ende, und die Leidtragenden sind die Zivilbevölkerung, wie hier auf diesem Bild in Beit Lahiya.

AP/Leiteris Pitarakis

Es scheint ungerecht: In Gaza starben während des jüngsten Konflikts bereits über 300 Menschen, die meisten davon Zivilisten, während Israel kaum Todesopfer zu verzeichnen hat. Diese Tatze unterstützt unzählige in ihrer Haltung, Israel als den übermächtigen, ungerechten und unverwundbaren Feind wahrzunehmen. Israel steht als Ritter mit Rüstung einem Bauernjungen im Jutesack gegenüber, so die allgemeine Wahrnehmung. Zudem operiert Israel in einem von ihm selbst abgesperrten Gebiet, was so etwa einer Antilopenjagd im Raubkatzenkäfig gleichkommt. So die Aussenwirkung.

Dieser Konflikt ist bestimmt ungerecht. Die Frage ist: Für wen? Es ist ein Konflikt, der wieder auf dem Rücken der Bevölkerung Gazas ausgetragen wird. Einer Bevölkerung, die nicht entkommen kann und nicht geschützt wird. Eine Bevölkerung unter einem Regime, das in erster Linie nicht die Zivilbevölkerung schützen will, sondern seine eigenen Interessen über die Sicherheit seiner Leute stellt, unter diese Interessen fällt die Zerstörung Israels. Die Hamas hat Raketen. Zahlreiche und teure. Die Hamas hat sich in den vergangenen Jahren aber nie darum gekümmert, ein Sirenenalarm zu installieren, das die Palästinenser in Gaza vorzeitig vor Anschlägen warnt. Oder

Bunker zu bauen. Die Hamas fordert ihre Bevölkerung in Gaza sogar auf, in ihren Häusern zu bleiben, während die israelische Armee vor ihren Angriffen dazu auffordert, diese zu verlassen. Als Märtyrer werde man sterben, sage die Hamas. Die Leute der Hamas sind jedoch die Ersten, die nach Warnungen das Weite suchen, so berichten es Bewohner des Gazastreifens. Es gibt keine Entschuldigung für unschuldige Opfer. Aber es gibt Erklärungen.

Israel geht seit der Nacht auf Freitag noch aggressiver und bestimmter gegen die Hamas vor. Bodentruppen sind in Gaza eimarschiert, die ganze Nacht lang stand Gaza unter Beschuss. Wieder starben Menschen, zum ersten Mal während des jüngsten Konflikts drei israelische Soldaten. Die Zerstörung der Tunnel der Hamas gilt als oberste Priorität dieser Operation, und nie war deren Zerstörung wichtiger als jetzt: Mit jedem Anschlag, mit dem die Hamas die Zivilbevölkerung Israels nicht getroffen hat, schrumpft ihr Ansehen. Sie muss bald einen Erfolg verzeichnen, sei es mit dem Durchsetzen ihrer Forderungen, auf die Israel jedoch kaum eingehen wird, oder mit Todesopfern auf israelischer Seite. Das Ansehen der Hamas im Gazastreifen sinkt, während die Wut der dortigen Bevölkerung steigt. Wut gegenüber dem Feind Israel, Wut gegen die ignorante Hamas, die sie im Stich lässt. Die Kon-

sequenz der Frustration der Hamas wird zwangsläufig dazu führen, dass sie versuchen wird, Selbstdmordattentäter nach Israel zu schicken. Am Donnerstag haben bereits 13 Männer versucht, durch einen Tunnel nach Israel zu gelangen. Durch diese Tunnel werden solche und viele weitere Racheakte gegen Israel erst möglich. Sie dienen auch als Durchgang für Waffenhandel. Dass Israel seine Bevölkerung vor allen möglichen Gefahren mit Härte schützen will und muss, erklärt sich von selbst. Israel greift an, um Anschläge auf seine Zivilisten zu verhindern, und nimmt dafür viele Zivilopfer in Gaza in Kauf. Die Hamas jedoch attackiert Israel, um zu töten.

Israel hat sich Mitte der letzten Woche kooperativ gezeigt, hat sich auf Waffenstillstände eingelassen. Wäre die Sicherheit der Zivilbevölkerung das oberste Interesse der Hamas, hätte auch sie das getan. Solange die Hamas nicht einem Waffenstillstand zustimmt, werden in Gaza weiter Zivilisten sterben als Instrumente einer Terrororganisation, der nichts wichtiger ist als sie selbst.

Es ist nachvollziehbar, dass man Israel in Zeiten wie diesen verurteilt. Aber wer Israel verurteilt, muss mit der Hamas noch härter ins Gericht gehen.

JOËLLE WEIL, TEL AVIV
nachrichten@luzernerzeitung.ch

Israel steht immer mehr in der Kritik

GAZA/TEL AVIV sda. In Nahost zeichnet sich trotz aller Appelle und internationaler Vermittlungsbemühungen kein Ende der Gewalt ab. Am zwölften Tag einer israelischen Offensive im Gazastreifen stieg die Zahl der getöteten Palästinenser auf 338.

Israel steht zunehmend in der Kritik wegen der zahlreichen zivilen Opfer bei dem Einsatz. Die UNO geht davon aus, dass mehr als drei Viertel der Todesopfer des jüngsten Gazakonflikts Zivilisten waren.

Für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen wird die Lage immer unerträglicher. Zur permanenten Todes- und Verletzungsgefahr gesellen sich lang anhaltende Stromausfälle und der Zusammenbruch der Wasserversorgung.

Ein Hamas-Kommando versuchte nach Armeeangaben erneut, durch einen Tunnel nach Israel zu gelangen. Eine Streife des israelischen Militärs entdeckte den Trupp auf der israelischen Seite der Gaza-Grenze, bevor er eine nahe gelegene israelische Ortschaft zu attackieren vermochte.